

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 52 (1960)
Heft: 10

Rubrik: Zeitschriften-Spiegel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Spiegel

Ist die Klassengesellschaft wirklich überholt?

Diese Frage stellt *Alfred Horné*, ein angesehener unabhängiger Publizist, der den deutschen Gewerkschaften nahesteht, in Nr. 6 der «Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft» (München). Der Aufsatz geht von den Verhältnissen in der Bundesrepublik aus, doch lassen sich die dort gemachten Beobachtungen und Schlußfolgerungen leicht auf manches andere Land übertragen. Zunächst kommt Horné auf den Vorgang der Restaurierung der Klassengesellschaft zu sprechen:

«1945 und noch einige Jahre danach schien tatsächlich die Klassengesellschaft überholt. Keiner hätte gewagt, eine Wiederholung jener verhängnisvollen Fehler gutzuheißen, die eine spätestens 1945 zu Ende gegangene feudalfaschistische Gesellschaft heraufbeschworen hatte. Heute sieht es fast so aus, als würden alle vom Podium der *Fiktion einer Gleichberechtigung* gegen jede gesellschaftliche Reform protestieren, als habe das *allgemeinverbindlich erklärte Grundgesetz des Wohlstands* jede Korrektur an der Ordnung unserer Gesellschaft ein für allemal verfassungswidrig erklärt.

Es gab einige wenige, die die Restaurierung der Klassengesellschaft vorausgesagt haben. Professor *von Nell-Breuning*, einer unserer anerkanntesten Sozialwissenschaftler, hat schon 1948, also vor zwölf Jahren, darauf hingewiesen, daß ebenso wie der Klassenkampf überwunden werden müsse, auch die kapitalistische Klassengesellschaft abzulösen sei, die im westlichen Nachkriegsdeutschland sich wieder zu stabilisieren beginne. Und er hat — vielen zum Aergernis — die liebgewordene Illusion, die christliche Soziallehre verbiete die Klassenauseinandersetzung, zerstört. Gewiß sei, so meinte er, der Klassenkampf zu entgiften, dürfte nicht mehr der pure Haß der einen gegen die andere Klasse angestachelt werden, aber die Klassenauseinandersetzung sei nicht nur in Kauf

zu nehmen, sondern geradezu notwendig, um eine Gesellschaftsordnung zu erreichen, die der Gerechtigkeit am nächsten komme und das Gemeinwohl am sichersten gewährleiste.

Freilich gibt es Wirtschaftspolitiker, für die das Gemeinwohl nach ihrer eigenen Definition nur ein ‚sentimentales Monstrum‘ ist; sie halten Auffassungen wie die von Professor von Nell-Breuning für religiöses Geschwätz und meinen, in einer nach den Regeln der Profitgier, des Egoismus und der Interessentenvorteile eingerichteten Wirtschaftsgesellschaft zählten ethische Kategorien allenfalls zu den Arabesken der Fassadenverschönerung. Vielleicht merken sie nicht einmal, daß sie mit wüstem Eifer dabei sind, dem Klassenkampf ein makabres Comeback zu sichern. Behielten sie in der Auseinandersetzung unserer Gegenwart das letzte Wort, so zeigte sich spätestens dann, wenn uns oder unseren Kindern der politische und der ökonomische Kommunismus auf Tuchfühlung nahe-rückt, was sie angerichtet haben. Nur infantiler Leichtsinn oder ein verwerflicher politischer und wirtschaftlicher Opportunismus kann dazu raten, in den Gegnern unserer heutigen Klassengesellschaft lediglich wirkliche oder verkappte Kommunisten zu sehen. Dadurch wird genau denen ein Privileg für die Ueberwindung der Klassengesellschaft eingeräumt, die alles andere als die Zukunft einer Gesellschaft freier Menschen gewährleisten.»

Mit Bitterkeit stellt dann Horné fest: «Der Gegensatz, den uns die Reichtums- und Armutsgeographie unserer Welt zeigt, der juckt uns nicht einmal.» Danach fährt er fort: «Es gibt asoziale Armut. Ihr Gegenstück ist asozialer Reichtum. Eine Gesellschaft, die vorgibt, christlich, sozial, freiheitlich zu sein, muß beides beseitigen.»

Und weiter sagt er: «Die Nutznießer und Anwälte des Reichtums, der Privilegien, der gesellschaftlichen Vorherrschaft — sie werden jeden Kritiker des Neids bezichtigen und ihn damit zu disqualifizieren suchen. Aber man darf den Mut zur Kritik nicht aus Angst vor reputationsschädigenden Ver-

dächtigungen ausschließlich dem politischen Kabarett überlassen. *Man muß auf Aenderungen unserer gesellschaftlichen Zustandsordnung hoffen, und man muß sogar einiges dafür tun.* Vielleicht sogar deswegen, weil man dies als eine unerläßliche Voraussetzung für eine demokratische Zukunft ansieht.

Es scheint, als laufe das alles auf die gewiß nicht neue Erkenntnis hinaus, Armut und Reichtum habe es immer gegeben, und seit Menschen auf der Erde lebten, stritten sie sich um den Platz an der Sonne; es werde wohl auch immer so bleiben, daß die einen im Licht, andere im Schatten und wieder andere im Halbdunkel lebten. Die Tatsache ist unleugbar; nur *wie man sich dazu verhält*, ob man sie für ein Element der Ordnung ansieht, ob man sich mit ihr gleichgültig abfindet oder aus eigennütziger Spekulation ihr Beifall zollt oder ob man sie in ständiger Auseinandersetzung zu ändern sucht — das entscheidet schon fast darüber, welcher Klasse man sich zugehörig betrachtet.»

Abschließend schreibt Horné: «Eine schönfärberische Verschleierung nüchterner Gegensätze hilft nicht weiter; aber es gibt auch eine Solidarität, die diagonal durch unsere Gesellschaftshierarchie verläuft und keineswegs parallel zur Einstufung beim Finanzamt. Der Uebereinkunft, sich gleichgültig, selbstsüchtig oder heuchlerisch mit der Gesellschaft abzufinden, muß eine andere Uebereinkunft entgegenstehen: *diese Gesellschaft und ihre Ordnung zu ändern.* Noch können wir Methode und Ziel dieser Aenderung wählen und in freier Uebereinkunft bestimmen. Was schätzen Sie, wie lange die Frist noch reicht?»

Die Segnungen der 40-Stunden-Woche

Zu dem am 8. Juli 1960 abgeschlossenen Abkommen über die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche in der westdeutschen Metallindustrie hat *George Meany*, der Präsident der AFL-CIO, an die IG Metall ein Glückwunschschreiben geschickt, das in den «Freigewerkschaftlichen Nachrichten»

(Nr. 7) der AFL-CIO veröffentlicht ist; darin heißt es:

«Im Namen der 13,5 Millionen Mitglieder der AFL-CIO sende ich der IG Metall herzlichste Glückwünsche zu dem großen Erfolg... Die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten ist *seit über zwei Jahrzehnten* im Genuß der gesetzlich festgelegten 40-Stunden-Woche. In einer Anzahl von Industrien arbeiten die Arbeiter sogar noch weniger Stunden auf Grund tariflicher Bestimmungen. Die AFL-CIO fordert jetzt ein Bundesgesetz, das den 7-Stunden-Tag und die *35-Stunden-Woche* vorsieht, als ein Mittel, um den durch die zweite industrielle Revolution aufgeworfenen Problemen zu begegnen und den Arbeitnehmern einen gerechten Anteil an den Früchten des wirtschaftlichen Fortschritts zu sichern. Die amerikanischen Erfahrungen haben gezeigt, daß die Kürzung der Arbeitszeit nicht nur der Arbeiterschaft, sondern *dem ganzen Lande* dient. Die Einführung der 40-Stunden-Woche hat zu der Erhaltung der wirtschaftlichen Prosperität, einem steigenden Lebensstandard, besseren Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und wachsender Teilnahme der Arbeiter am staatsbürgerlichen Leben geführt.»

Ergänzend sei auf einen Bericht aus *Großbritannien* hingewiesen, der im «Bulletin des Internationalen Metallarbeiterbundes» (Nr. 8) veröffentlicht ist. Der Bund der Schiff- und Maschinenbauergewerkschaften hat mit dem Arbeitgeberverband der Maschinenbauindustrie die Verkürzung der 5-Tage-Woche von 44 auf 42 Stunden, ohne Lohneinbuße, vereinbart. Der Bericht bezeichnet dieses Abkommen als Erfolg mehrjähriger gewerkschaftlicher Arbeit, stellt dann aber fest: «Obschon das Abkommen über die Arbeitszeitverkürzung allgemein in der ganzen Industrie begrüßt wird, und trotz der Forderung nach einer zusätzlichen Reallohnverbesserung, wird mit allem Nachdruck betont, daß es sich bei der erreichten 42-Stunden-Woche nur um eine vorübergehende Lösung handelt. Das Ziel ist nach wie vor 40 Stunden, und die Arbeiter, deren Unterstützung zu der erfolgreichen Lösung führte, stehen geschlos-

sen hinter diesem Ziel. Der Bund hat somit den Arbeitgebern klargelegt, daß er auf einer weiteren Reduktion um zwei Stunden innerhalb der nächsten zwei Jahre bestehen werde.

Um die Zukunft Afrikas

Eine sehr gründliche und interessante Arbeit, «Um die Zukunft Afrikas», lesen wir im Septemberheft der «Schweizer Monatshefte»; der Verfasser, Dr. *Willwerner von Bergen*, ist Referent bei der Europäischen Investitionsbank in Brüssel. Mit bemerkenswerter Unvoreingenommenheit behandelt er vor allem folgende Aspekte der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika: das Streben nach Unabhängigkeit als einziges Ziel — die Infiltrationspolitik des Ostens in Afrika — die Notwendigkeit, die Hilfe des Westens zu koordinieren — die Republik Kongo und andererseits die Südafrikanische Union als Brennpunkte des politischen Geschehens — die wirtschaftlichen Schwerpunkte einer internationalen Zusammenarbeit in Afrika. Zu all diesen Aspekten liefert der Verfasser in seiner umfangreichen Arbeit interessantes Material und anregende Gesichtspunkte. Den verantwortlichen Männern in der Südafrikanischen Union ruft er zu, «daß die Zeit einer Isolierung von den übrigen Teilen Afrikas vorbei ist und das bewußte Uebersehen einer unaufhaltsamen Entwicklung, die die Freiheit und Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung zum Ziele hat, zu einer Katastrophe führen muß». Den Westen ermahnt er eindringlich zu einer gemeinsamen Afrikapolitik: «Die jungen, vor kurzem erst unabhängig gewordenen Staaten sind auf die Unterstützung des Auslandes angewiesen. Sie werden die Angebote annehmen, die ihnen als die günstigsten erscheinen, und die Hilfe in Anspruch nehmen, die ihnen rasch gewährt werden kann. Der Osten war besonders im Laufe der letzten beiden Jahre im Einsatz seiner Mittel schneller, entschlossener und teilweise erfolgreicher; der Westen hat jedoch noch alle Chancen, sich bei einer abge-

stimmten und koordinierten materiellen und technischen Hilfe das Vertrauen der jungen Staaten Afrikas zu erwerben.»

Einen hervorragenden Beitrag zum Thema Afrika bietet das Septemberheft der Zeitschrift «*Atlantis*». Aufsätze sachkundiger Autoren finden eine ungewöhnlich eindrucksvolle Ergänzung in einem überaus reichen Bildmaterial. In ausgezeichneten Photographien der wichtigsten führenden Politiker afrikanischer Staaten wird uns die Vielfalt dieses Kontinents besonders deutlich; photographische Aufnahmen der verschiedensten afrikanischen Städte und Siedlungen, des traditionellen Handwerks und rasch entstehender Industriezentren ergänzen diese Eindrücke. Von ungewöhnlicher Schönheit und Eindringlichkeit ist eine Serie von Photographien aus dem Kongo. Vor allem wegen dieses Bildmaterials hat das Heft dauernden Wert.

Aus den letzten Heften der Monatschrift «*Afrika*» (München) sei auf einige Aufsätze hingewiesen. In Heft 7 finden wir Interviews mit dem tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba und mit Gabriel Lisette, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik Tschad, ferner einen Aufsatz von A. Oginga Odinga (Nairobi) über die politische Entwicklung Kenias. Aus Heft 8 nennen wir einen Aufsatz von Robert Poupart über «Soziale Gegensätze und moderne Parteien in Ruanda-Urundi» und eine Untersuchung der politischen Tendenzen und Parteien in Uganda von W. Senteza Kajubi.

«*Geist und Tat*» bringt in Heft 8 einen Aufsatz von Ruth Kadalie über den weißen Nationalismus in Afrika, insbesondere in Nord- und Südrhodesien, in Njassaland und Kenia. Ueber die Arbeiterbewegung in Kenia berichtet Tom Mboya, der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Kenia, in der österreichischen Zeitschrift «*Arbeit und Wirtschaft*» (Nr. 8). Im «*Monat*» (Heft 141) schreibt Herbert Kaufmann, ein guter Afrikakenner, sehr interessant über Westafrika («Westafrika ist kein Museum. — Die Europäisierung ist nicht rückgängig zu machen»). *Walter Fabian, Zürich.*